

Analysen:

Sebastian Dullien/Hansjörg Herr/Christian Kellermann

Der »gute Kapitalismus« als Projekt 2013

Über die Suche nach dem richtigen Wirtschaftsmodell gibt es seit jeher eine kontroverse Debatte innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Der »Dritte Weg« war gestern und die Krise der Sozialdemokratie verlangt nach einer neuen und offenen Diskussion innerhalb des politischen Spektrums links der Mitte um ein Wirtschaftsmodell, das wiederum Grundlage für gute Sozial-, Umwelt- und andere Politiken ist. Unsere Autoren stellen im Folgenden ihr Konzept für einen »guten Kapitalismus« vor.

Sebastian Dullien

(* 1975) ist Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre, insb. internationale Wirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin (vormals FHTW Berlin).

sebastian.dullien@htw-berlin.de



Hansjörg Herr

(* 1956) ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

hansherr@hwr-berlin.de



Christian Kellermann

(* 1974) ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Nordischen Länder in Stockholm.

christian.kellermann@fes.de



Seit den 90er Jahren wurde die Debatte um das richtige Wirtschaftsmodell in der SPD mit dem »Dritten Weg« bearbeitet, was durchaus zu Erfolgen auf den Arbeitsmärkten geführt hat, aber auch die Finanzmärkte gefährlich liberalisierte und damit eine Krisendynamik heraufbeschwor. In etlichen Wahlen zahlten vor allem die sozialdemokratischen Parteien eine bittere

Rechnung (wofür freilich noch eine Reihe anderer Gründe zu nennen wäre).

Worum es heute geht, ist eine »organische« Alternative zum neoliberalen Wirtschaftsmodell - um ein Modell, das alle Menschen im Blick hat und sich nicht scheut, auch die Machtfrage hinsichtlich der einen oder anderen Akteursgruppe und deren Freiheiten zu stellen.

Die jüngste Finanzkrise hat die Schwächen des Wirtschaftssystems schonungslos aufgezeigt: Ein ökonomisch relativ überschaubares Ereignis - das Platzen einer Immobilienblase in den USA - hat die globale Wirtschaft an den Rand einer neuen Depression gebracht. Auch wenn es inzwischen Indizien gibt, die auf eine Stabilisierung der Konjunktur hindeuten, ist doch mit weiteren Rückschlägen zu rechnen.

Dabei ist der Weltwirtschaft gerade das zum Verhängnis geworden, was zuvor als Wachstumstreiber gehandelt wurde: die immer stärkere Verknüpfung der internationalen Kapitalmärkte und des internationalen Handels, befördert durch immer komplexere Finanzinstrumente, die immer größere Gewinne einfuhren. In der Krise hat sich herausgestellt, dass das globale Finanzsystem mitnichten die negativen Folgen des Platzens der Blase am US-Immobilienmarkt eingrenzen konnte, sondern vielmehr selbst als globaler Verstärker des wirtschaftlichen Einbruchs gewirkt hat.

Nun wird weltweit nicht nur darüber diskutiert, wie man die Regulierung der Finanzmärkte so vorantreiben kann, dass diese künftig weniger Schaden anrichten können. Eine andere zentrale Frage ist, wo künftig Wirtschaftswachstum herkommen soll. Denn nach der Kreditkrise dürften die USA als globaler Wachstumsmotor ausfallen.

Grundlegendes Umdenken ist notwendig

Diese Frage ist besonders für Deutschland wichtig: Obwohl es bei uns keine Immobilienblase und keinen Bauboom gab, ist das Land dramatischer von der Krise betroffen als andere westeuropäische Länder. Der deutschen Wirtschaft ist dabei ausgerechnet die vermeintliche Stärke der vergangenen Jahre zum Verhängnis geworden: Als langjähriger Exportweltmeister hat das Land den Einbruch des Welthandels viel stärker zu spüren bekommen als andere Staaten. So wird auch hierzulande zunehmend die Frage diskutiert, ob die extrem hohe Exportabhängigkeit vielleicht ein Irrweg war und wir nicht ein neues Wachstumsmodell brauchen.

Diese Überlegung ist richtig. Entgegen der vorherrschenden Meinung hat die jüngste Krise mehr Ursachen als nur die einer laxen Regulierung der Finanzmärkte. Die Entfesselung der Finanzmärkte kam zeitgleich mit grundlegenden Umwälzungen auf den Arbeitsmärkten, mit enormen Ungleichgewichten bei internationalen Kapitalströmen und im globalen Handel sowie in der Wirtschaftsstruktur einzelner Länder. Letztlich war es nur eine Frage der Zeit, wann sich die aufgebauten Ungleichgewichte in einer Krise entladen würden.

Ein grundlegendes Umdenken ist deshalb zwingend notwendig: bei der Finanzmarktregulierung, bei den Arbeitsmärkten und sozialen Sicherungssystemen, aber auch bei der Art und Weise, wie die Zent-

ralbank ihre Aufgabe auffasst. Dabei wäre ein durch ein solches Umdenken entstehender »guter Kapitalismus« kein fundamentaler Gegenentwurf zum bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Vielmehr würden die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte korrigiert werden, die Stärken des marktwirtschaftlichen Systems aber beibehalten.

Neue Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft

Denn tatsächlich basieren die meisten Reformen der vergangenen 40 Jahre auf einer naiven marktradikalen Vorstellung: Märkte wurden als ein sich selbst regulierender Mechanismus verstanden, der von sich aus zu Stabilität einschließlich hoher Beschäftigung und einer einigermaßen akzeptablen Verteilung von Einkommen führt. Da die entfesselten Märkte das gewünschte Ergebnis in der Regel nicht lieferten, verarbeitete die Politik der Ökonomie stets eine weitere Dosis an mehr Entfaltungsfreiheit.

Doch jetzt, nach einer der schwersten Krisen der vergangenen Jahrzehnte, ist es notwendig, sich von dem Glauben zu verabschieden, dass Märkte ohne staatlichen Rahmen gut funktionieren könnten. Wir brauchen eine neue Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft – und dabei müssen Staat wie Gesellschaft mehr Gewicht bekommen.

Dabei sollten der Finanzsektor und seine Dynamik im Bereich der Krediterschöpfung nicht verteufelt werden. Zwar wird übermäßige Kreditvergabe als ein zentraler Grund für die Blase am US-Immobilienmarkt und damit die aktuelle Krise angesehen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass Kredit und Kreditwachstum an sich nichts Schlechtes sind. Vielmehr ist Kredit Treibstoff von Innovation und Wachstum. Anders als in den vergangenen Jahren, als die Finanzgeschäfte oft Selbstzweck waren, muss der Finanzsektor

aber wieder zum Dienstleister für den Rest der Wirtschaft werden.

Diese Rolle kann der Finanzsektor allerdings nur übernehmen, solange es nicht zu Überschuldung oder Schuldenkrisen einzelner Länder oder Sektoren kommt. Solche Krisen vernichten regelmäßig jenes Eigenkapital, das die Banken zur Kreditvergabe an Unternehmen brauchen. Wer aber ein neues, stabiles Wachstumsmodell will, darf eine kontinuierlich steigende Verschuldung – sei es des Staates oder der Privathaushalte – nicht zum Wachstumstreiber machen.

Nachfrage muss über Löhne und Gehälter geschaffen werden

Der aktuellen Krise sind eklatante globale Ungleichgewichte vorausgegangen, die sich insbesondere in einem riesigen Leistungsbilanzdefizit der USA ausdrückten. Die USA lebten weit über ihre Verhältnisse, wovon die großen Exportländer, allen voran

China und Deutschland, profitierten. Solche Ungleichgewichte zwischen Ländern sind für eine gewisse Zeit tragfähig, aber wenn die Schuldenlast zu groß wird, kommt es zur Krise. Daraus leitet sich eine grundlegende Forderung unseres neuen Wirtschaftsmodells ab: Neben einer besseren Finanzmarktregulierung müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Nachfrage ohne steigende Verschuldung geschaffen werden kann.

Global gedacht bedeutet dies, dass die Schaffung von Nachfrage über Löhne und Gehälter erfolgen muss, die möglichst in jedem Land mit dem Produktivitätswachstum steigen sollten. Das zentrale Instrument zum Management dieser Nachfrage ist eine aktive Lohnpolitik.

Steuer- und Finanzpolitik wiederum hat die Aufgabe, wachsende Ungleichheit zu vermeiden. Hohe Einkommensbezieher konsumieren relativ gesehen weniger, als es Bezieher niedriger Einkommen tun. Insofern gibt es eine größere Nachfrage-

wirkung, wenn man niedrige Einkommen aufstockt, statt einen Steuernachlass für Millionäre zu ermöglichen. Die Zentralbanken sollten zudem mit neuen Instrumenten versuchen, gefährliche Überschuldungstrends zu bremsen. Um den einzelnen Ländern Spielraum für solche Politiken zu geben, muss global über ein neues Währungssystem und Kapitalverkehrskontrollen nachgedacht werden.

Solch ein neues Wirtschaftsmodell ist ein überaus ehrgeiziges Projekt. Viele Elemente eines solchen Modells lassen sich nicht im nationalen Alleingang umsetzen, schon gar nicht von einem Land, das wie Deutschland EU-Mitglied und eng mit seinen Nachbarn verflochten ist.

Europäischer Alleingang möglich

Doch Deutschland ist nicht hilflos. Deutschland ist – je nach Rechnung – die dritt- oder viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und hat entsprechend Einfluss in globalen Verhandlungen. In Koordination mit den anderen EU-Ländern könnte Deutschland diesen Einfluss noch einmal verstärken und so die Gestaltung weltwirtschaftlicher Strukturen entscheidend mitbestimmen.

Wenn der politische Wille existiert, könnte zudem die EU auch vieles im Alleingang umsetzen, was auf den ersten Blick eine globale Regulierung erfordert. Wenn es etwa global keinen Konsens zur Regulierung von Offshore-Zentren gibt, könnten einfach den EU-Finanzinstituten und den Unternehmen innerhalb der EU Finanzgeschäfte mit diesen Ländern verboten werden. Deutschland könnte selbst alleine einen solchen Schritt beschreiten.

Zu guter Letzt kann in vielen Bereichen der Umstieg auf ein neues Wirtschaftsmodell zu Hause beginnen. Der Abbau des enormen Leistungsbilanzüberschusses Deutschlands etwa könnte mit einer Wende in der Lohnpolitik ebenso wie mit einer

stärkeren steuerlichen Umverteilung im Inland begonnen werden. Beide Elemente brauchen keine Koordinierung mit dem Ausland. Und weniger Ungleichgewichte in der dritt- oder viertgrößten Volkswirtschaft bedeuten spürbar weniger Ungleichgewichte weltweit – und damit ein stabileres Wachstum in der Zukunft.

Gentle/wo/men, start your debate!

Es ist eine Frage des politischen Willens – und natürlich der politischen Möglichkeiten. Es ist eine Frage von Kräfteverhältnissen innerhalb und zwischen den Gesellschaften, aus denen heraus politische Handlungsspielräume geschaffen werden. Von daher ist es wichtig, gerade jetzt erste Reformen mit dem Potenzial langfristiger Veränderungen anzustoßen und umzusetzen. Entscheidend ist dabei, dass klar ist, wohin dieser Weg führen soll. Gerade in den vergangenen Jahrzehnten scheinen nicht immer alle Politiker genau gewusst zu haben, wie eigentlich die Gesellschaft und unsere Wirtschaftsordnung am Ende des eingeschlagenen Reformweges aussehen sollte. Viele Reformen wurden eher defensiv begründet: etwa, indem proklamiert wurde, dass diese Reformen notwendig seien, um die verbleibenden Reste des Sozialstaats zu retten. Am Ende haben die Veränderungen die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft nicht erhöht, sondern sogar noch zu den globalen wirtschaftlichen Ungleichgewichten beigetragen – gerade auch, weil es bei der Umsetzung an einem Verständnis für die größeren Zusammenhänge mangelte. Dabei gilt für uns: Der »gute Kapitalismus« und damit eine Alternative zur marktliberalen Ordnungslogik von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist denkbar und vor allem: möglich!

(Von den Autoren erschien kürzlich im *transcript Verlag: Der gute Kapitalismus. ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste.*)